

Posener Zeitung.

Neumigster Jahrgang.

Nr. 763.

Das Abonnement auf dieses täglich kriegerische Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 30. Oktober.

In jeder 20 Pf. die sechsgeschaltete Petition über deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 29. Okt. Der König hat dem Bezirksverwaltungsgerichts-Direktor v. Busch zu Königsberg zum Ober-Regierungsrath ernannt. Derselbe ist dem Regierungs-Präsidenten in Marienwerder beigegeben worden.

Der Obersöster Kehler zu Königsweise im Regierungsbezirk Danzig ist auf die durch den Tod des Obersösters Gadow erledigte Obersösterstelle zu Golpin im Regierungsbezirk Potsdam versetzt worden. Dem Thierarzt Jacob zu Luckau ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztsstelle des Kreises Luckau definitiv verliehen worden. Dem Thierarzt Ebinger zu Bischofsburg ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztsstelle des Kreises Roßlau definitiv verliehen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 30. Oktober.

Die vom Bundesrat in der Sitzung vom 24. Oktbr. beschlossenen und heute im "Reichsanzeiger" bekannt gemachten Ausführungsbestimmungen bezüglich der Verallgemeinerung der in dem deutsch-italienischen und deutsch-spanischen Handelsvertrag enthaltenen Zollermäßigung bieten besonderes Interesse wegen der neuen Einführung von Ursprungsberechtigung. Die Zollermäßigungen erstreden sich bekanntlich nur auf diejenigen Staaten, welche einen vertragsmäßigen Anspruch auf die Meistbegünstigung haben, und außerdem auf die Türkei und Griechenland. In den Ausführungsbestimmungen wird nun angeordnet, daß bei einigen Gegenständen, wie Korkwaren, Chocolade, Speise- und Olivenöl die Abstammung der eingehenden Waren aus den Ländern, auf welche die ermäßigte Zollsatz Anwendung finden, durch behörliche Alteste des Heimatlandes oder in anderer Weise (Vorlegung von Schiffspapieren, Fakturen, Originalfrachtbüchern, kaufmännischen Korrespondenzen u. dergl.) glaubhaft nachzuweisen ist. Für Süßfrüchte, die ja kaum anderswoher als aus Vertragsstaaten bezw. aus der Türkei und Griechenland eingeführt werden können, wird eine Ursprungsberechtigung nicht verlangt. Die Anordnung dieser Ursprungsberechtigungen und die Einführung eines doppelten Zolltarifs wird im Reichstag ohne Zweifel noch weitere Beleuchtung erfahren.

Die Reichstagswahl in Forchheim-Kulmbach zum Eratz für den Abg. Herz (Fortschrittspartei), der durch seine Beförderung zum Landgerichtsdirektor sein Mandat verloren, ist jetzt auf den 3. Dezember ausgeschrieben. Der Wahlkreis war bekanntlich lange Jahre von dem freikonservativen Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst vertreten und gelangte erst bei den Wahlen von 1881 bei der Stichwahl durch Verbindung der Ultramontanen mit der Fortschrittspartei in die Hände der letzteren. Indessen hatte Herr Herz das Vertrauen, welches ihm von ultramontaner Seite entgegengebracht wurde, nicht gerechtfertigt, indem er gegen den Antrag Windthorst auf Aufhebung des Reichsgesetzes über die Ausübung von Kirchenämtern stimmte. Die Ultramontanen hatten dafür diesem Kandidaten die Unterstützung bei einer Wiederwahl entschieden abgeschlagen, und wohl infolgedessen trat Herr Herz von der Kandidatur zurück. In seiner Stelle ist von fortschrittlicher Seite Herr Zimmer, Mitglied des bayrischen Landtags aufgestellt. Ob derselbe dem Zentrum bessere Garantie bietet und dessen Unterstützung bei einer Stichwahl erhalten wird, muß dahingestellt bleiben. Ohne Zweifel wird auch wieder ein ultramontaner Kandidat aufgestellt werden. Als Kandidat der Konservativen wurde vor einiger Zeit ein Graf Ortenburg genannt. Bei der ziemlich gleichen Stärke der drei Gruppen wird es ohne Zweifel wieder zu einer Stichwahl kommen.

Die Friedensversicherungen der einzelnen Staatsmänner und Diplomaten stehen in einem seltsamen Kontrast zu den Maßnahmen der Regierungen und der Allgemeinstimmung der Völker. Insbesondere gibt man sich augenblicklich in Wien gelegentlich des Zusammentreffens der reichsräthlichen Delegationen ehrlich Mühe, nach erfester Richtung das Mögliche zu leisten. Gestern bericht der Budgetausschuss der Reichsrathsdelegation das Budget für das Ministerium des Außenfern. Auf die Frage des Grafen Glam-Martinis über die allgemeine politische Situation Europas antwortete Graf Kalnoth:

Er könne hier die bekannte Thatache, daß die Lage der Monarchie nach außen und deren Beziehungen mit allen Mächten vollkommen befriedigend seien, nur bestätigen. Es erfülle weder ein großer noch ein kleiner Staat, mit welchem die Beziehungen Österreich-Ungarns nicht durchaus freundliche wären. Der Minister betont, er habe dies betreffs aller Staaten aus dem speziellen Grunde hier erneuert, weil seine jüngsten Erklärungen in dem Ausschusse der ungarischen Delegation durch künstliche Interpretations-Versuche und Deutelien ausgelegt worden seien, als ob darin nach irgend einer Richtung eine Spur gegen einen einzigen Staat, speziell gegen Russland enthalten gewesen wäre, was durchaus nicht in seinen Worten gelegen habe, da er die Beziehungen Österreichs zu Russland als vollkommen normale und damit auch als freundliche bezeichnet habe. Denn wenn sie nicht freundliche wären, könnten sie auch nicht normal genannt werden. Nicht minder als in Österreich-Ungarn sei das Friedensbedürfnis auch in

Rußland sowohl bei der Regierung, als auch, wie er ausdrücklich hervorheben müsse, im Lande selbst vorherrschend. Die Beziehungen beider Regierungen trügen in allen Fragen den Charakter des gegenseitigen freundlichsten Entgegenkommens und er, der Minister, sehe eben in diesen Verhältnissen eine der wichtigsten Garantien, welche ihn zu der Zuversicht berechtigen, daß der Friede längere Zeit sichergestellt erscheine. Auf die Beziehungen der Monarchie zu den übrigen Mächten, welche ja im Allgemeinen bekannt, glaube er jetzt nicht im Einzelnen eingehen, sondern bloß betonen zu sollen, daß dieselben ihm nach allen Richtungen hin befriedigend erscheinen. Im Übrigen sei er bereit, auf etwaige spezielle Anfragen zu antworten. — Auf die Frage des Grafen Glam-Martinis betreffend das Verhältniß zu Deutschland hebt der Minister hervor, dasselbe sei ein vollkommen gesichertes, weil es sich nicht nur auf die rüchthaltlose Ueber einstimmen der beiderseitigen Kabinette gründe, sondern sich in das Bewußtsein der Völker selbst vollkommen eingelebt habe. In diesem erfreulichen Verhältnisse, dessen konservative Tendenz allgemein bekannt und gewürdigt sei, erscheine daher auch der ausreichendste Rückhalt für die ausschließliche Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen der auswärtigen Politik beider Staaten gegeben.

Die Erklärungen, welche der Minister weiter bezüglich der Fragen des Eisernen Thrones, der Orientbahnen, der Konsular-Enquête abgab, sind mit den im ungarischen Delegations-Ausschusse abgegebenen im Wesentlichen übereinstimmend.

In schroffem Gegensätze zu diesen Auslassungen steht die Auffassung der politischen Sachlage Seitens eines deutschen konservativen Blattes, der "Schlesischen Zeitung", die geradezu eine akute Unruhe in der Gemüthe zu bewecken scheint. Nach mehrfachen Uevertreibungen auf dem Gebiete der außerdeutschen Politik heißt es dort in Bezug auf das Verhältniß zwischen Deutschland und Russland:

Gerade auf einen solchen Zweck deuten die neuesten russischen Rüstungen in auffälligster Weise hin. Nach dem Kriege mit der Türkei hatte man sich dabei beschrieben, die Infanterie-Regimenter von drei Bataillonen auf vier zu bringen. Dies konnte um so weniger Argwohn erregen, als gleichzeitig die Zahl der Kompanien jedes einzelnen Bataillons von 5 auf 4 herabgemindert wurde. In den Jahren 1881 und 1882 aber, also in jener Zeit, da der panslavistischen Chauvinismus lauter denn je zu rasen begann, schritt man dazu, die Reiterei um mehr als ein Drittel ihres an sich schon großen Bestandes zu vermehren und derart einheitlich zu gestalten, daß sie gleichzeitig als Infanterie verwandt werden konnte. Sämtliche Ulanen- und Husarenregimenter wurden zu diesem Zweck in Dragonerregimenter umgeformt. Diese stets kriegsbereiten Reitermassen, welchen schon im Frieden bespannte Artillerie in ausreichendem Maße zugeteilt ist, liegen nun längs der deutschen Grenze in engen Standquartieren versammelt. Und an der Spitze der russischen Armee stehen Generale, die wie Slobozew eigne Politik treiben. . . . Angeblich solcher Verhältnisse kann die deutsche Politik in den gewiß ehrlich gemeinten Friedens- und Freundschaftsversicherungen des Zaren und seines Ministers des Neuen unmöglich eine ausreichende Friedensbürgschaft erlernen. So lange die russische Regierung sich nicht dazu aufrafft, dem agitatorischen Treiben des Panslawismus und des ihm Heeresfolge leistenden Polonismus ein energisches Halb zu gebieten, muß unsere auswärtige Politik die militärischen Maßnahmen, welche Russland an unseren Grenzen getroffen hat, unbedingt in ihren Kalkül ziehen. Sie darf nicht vergessen, daß dieselben bei einer plötzlichen kriegerischen Wendung der Dinge dazu angebietet sind, gewaltige Reizschaaren, die auch als Infanterie verwendbar sind, ehe noch unsere Mobilisierung beendet ist, über unsere Grenzen vordringen zu lassen und in dieser Weise Zeit und Raum für den strategischen Aufmarsch der Hauptarmee zu gewinnen."

Zwischen dieser Schwarzeherei und jenen offiziellen Friedensversicherungen liegt denn doch noch ein sehr breiter und praktikabler Mittelweg, an den sich zu halten im Allgemeinen dringend zu empfehlen sein dürfte. Im Übrigen seien unsere Leser auf den Brief unseres Berliner C. Korrespondenten verwiesen.

Die "Times" erwähnt eines Konfliktes, der zwischen Frankreich und dem egyptischen Regierung wegen der Gebäudesteuer entstanden ist, welche letztere einzuführen beschlossen hat. Die egyptische Regierung hat den Mächten von der Absicht, diese Steuer zu erheben, Mitteilung gemacht. England hatte sich sofort einverstanden erklärt und diesem Beispiel folgten alle anderen Mächte mit Ausnahme Frankreichs. Die französische Regierung remonstriert auf das Allerentschiedenste. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß unter allen fremden Haushaltern in Egypten die Franzosen am härtesten getroffen werden, weil sie in Anbetracht der früher den Europäern zugestandenen Steuerfreiheit in den Städten am Suezkanal zahlreiche Grundstücke erworben und verbaut haben. Es werden beinahe alle französischen Beamten der Suezkanal-Gesellschaft durch die neue Steuer in Mitleidenschaft gezogen.

Der Petersburger Korrespondent der Wiener "Presse" hält seine Meldungen trotz des russisch-offiziösen Dementis über die erfolgte Verhaftung von Offizieren der Landarmee wie der Marine im vollen Umfang aufrecht und zwar mit der Bemerkung, daß die Namen der verhafteten Persönlichkeiten Angehörigen der Armee zur Genüge bekannt seien. Weiterhin soll der Rücktritt des Kriegsministers Wannowski nunmehr als zweiflos gelten. Es soll ihm schon eine kaiserliche Spende von 54,000 Rubeln als Zeugnis der besonderen kaiserlichen Gnade zugegangen sein. Als wahrscheinlichster Nachfolger Wannowskis wird wider alle Erwartung nicht der liberale Obrutschew, der Chef des großen Generalstabes, sondern General Rosenbach genannt. Auch die Demission des Finanzministers Bunge sei beschlossen. Über die Person seines Nachfolgers verlautet noch

nichts Verlässliches, gerüchtweise wird aber der frühere Verweser der Reichsbank, Lamanski, als solcher genannt. Lamanski war jahrelang Präsident des Petersburger panslavistischen Komites.

Es wird wohl noch einige Zeit vergehen, bevor sich die Zustände in Egypten konsolidirt haben werden. Aus Kairo berichtet ein Telegramm des "Neueren Bureau" von gestern: 150 Mann egyptischer Truppen sind von aufrührerischen Bergstammern in dem Defile zwischen Suakin und Kassala überfallen und niedergemacht worden. Der Abzug der englischen Truppen aus Egypten dürfte durch ähnliche Spätschläge jedenfalls nicht beschleunigt werden.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 29. Okt. Es hat einiges Aufsehen gemacht, daß in einem Breslauer Privategramm der heutigen "Post" kurz der Inhalt eines Artikels wiedergegeben wird, welchen die "Schles. Ztg." gestern über die europäische Lage, besonders das Verhältniß zwischen Deutschland und Russland brachte; man wollte aus dieser Weiterverbreitung des Artikels in einigermaßen ungewöhnlicher Form heute den Schluss ziehen, daß der Artikel in irgend einer Weise inspirirt sei und diejenige Auffassung wiedergebe, welche die Regierung durch die öffentliche Meinung angenommen zu sehen wünsche. Der Artikel liegt jetzt im Wortlaut vor, und danach kann man nur sagen, daß diese Vermuthung ebenso wohl begründet wie unbegründet sein kann; ohne das auf ihn hinweisende Telegramm der "Post" würde er wohl kaum besondere Beachtung gefunden haben. Er legt die aus der nicht-offiziellen Orientpolitik, welche in Russland von einflussreichen Kreisen getrieben wird, entstehenden Gefahren so, wie es in neuerer Zeit vielfach geschehen ist, wie es insbesondere auch an dieser Stelle mehrfach geschah, dar, diesmal allerdings unter weit stärkerer Betonung des angeblichen Erfordernisses, deutscherseits sich unmittelbar auf die Abwehr dieser Gefahr vorzubereiten, als sie sonst gegenwärtig in der deutschen Presse üblich ist; in dieser Beziehung geht der Artikel namens auf die militärischen Stärkeverhältnisse ein. Es ist denn auch immer unter der Voraussetzung, daß der telegraphische Hinweis der "Post" auf den Artikel einen offiziösen Ursprung desselben befunde, bereits die Vermuthung geäußert worden, daß man es mit der Vorbereitung auf eine militärische Mehrforderung zu thun habe, welche in der nächsten Reichstagsession bevorstehe. Vielleicht ist es nur ein Zufall, aber in diesem Zusammenhange ist es immerhin beachtenswerth, daß gerade heute das ebenso, wie die "Schles. Ztg.", konservative und ebenso, wie diese, nicht eingestandene offiziöse "Deutsche Tagblatt" im Sinne einer Verstärkung der deutschen Wehrkraft sich vernehmen läßt. Es geschieht dies, indem die von deutschen militärischen Schriftstellern mehrfach vertretene Ansicht, daß die effektive Stärke der französischen Armee nicht so bedeutend sei, wie die bezüglichen Zahlen es sollten erwarten lassen, bestritten und zugleich der Auffassung entgegengetreten wird, daß in Deutschland keine weitere Steigerung der Wehrkraft mehr möglich sei. Wie gesagt, dieses Zusammentreffen kann zufällig sein, aber es verdient immerhin konstatiert zu werden. Es war schon bemerkenswerth, wie seitens der Regierungspresse vor Kurzem die Erörterung der von uns erwähnten Broschüre eines "preußischen Offiziers" über die französische Armee nach einem kurzen Anlauf fallen gelassen wurde; man konnte dadurch auf den Gedanken gebracht werden, daß die Verbreitung der Schlusfolgerung dieser Broschüre, wonach die reorganisierte französische Armee nicht so formidabel wäre, wie die Franzosen glauben machen wollen, seitens unserer militärischen Autoritäten nicht gern gesehen würde. — Das Herr von Puttkamer seine Fortsetzung der Verwaltungs-Gesetzgebung durch eine Kreis- und Provinzial-Ordnung für Hannover und eventuell auch für Schleswig-Holstein zu unternehmen wünscht, war schon in der vorigen Landtagssession bekannt; und es würde nicht viel dazu gehörte, da bekanntlich Graf Eulenburg II. solche Entwürfe für diese beiden Provinzen — und außerdem für Bremen, worauf Herr v. Puttkamer aber zunächst verzichten will — schon 1880 im Abgeordnetenhaus eingereicht hat. Aber daß sie demnächst wieder vorgelegt werden, wird man doch erst dann als sicher zu betrachten haben, falls es gemeldet wird, nachdem Herr von Puttkamer eine Einladung nach Friedrichsruhe erhalten haben würde. Die in der letzten Landtagssession durchgeführte Vergrößerung des Einflusses des Regierungspräsidenten dürfte zwar die Abneigung des Reichskanzlers gegen die Verwaltungsreform einigermaßen gemildert haben; aber wenn Graf Eulenburg II. gestürzt wurde, weil er diese Reform abschließen wollte, so ist mindestens nicht ausgemacht, daß Herrn v. Puttkamer der Abschluß gestattet wird.

Der deutsche Botschafter in Paris Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, welcher sich zum Reichskanzler Fürsten Bismarck nach Friedrichsruhe begeben hatte, ist von dort gestern Abend nach Berlin zurückgekehrt. Heute Nach-

mittag 4½ Uhr wurde der Botschafter vom Kaiser in Audienz empfangen und später zum Diner ins kaiserliche Palais geladen.

Der Graf Lebndorff-Steinort, Bruder des Flügeladjutanten des Kaisers, Generals à la suite Graf Lebndorff, welcher am 25. d. M. zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in Mentone eingetroffen war, ist dort nach hierher gelangten Nachrichten gestorben. Die Leiche befindet sich bereits auf dem Rücktransport nach Deutschland.

Oldenburg, 27. Okt. Der "Weser-Zeitung" wird von hier geschrieben: Über die Einzelheiten des Pistolenduells zwischen dem Major Steinmann und dem Hauptmann v. d. Lippe geht eine Anzahl von Gerüchten im Publikum herum, die sich aber wahrscheinlich sämmtlich auf Vermuthungen gründen und keine feste Basis haben. Auch die Mittheilung, daß Major Steinmann noch mehrere Duelle mit Offizieren oldenburgischer Geburt zu bestehen habe, ist anscheinend weiter nichts als ein Gericht und nur als ein Produkt der aufgeregten Stimmung, welche sich eines Theiles der Bürgerschaft bemächtigt hat, anzusehen. Thatsache ist, daß der Hauptmann v. d. Lippe einen Schuß in den Oberschenkel, nicht, wie erst verlautete, in den Unterleib erhalten hat und in das Garnison Lazarett übergeführt ist. Sein Zustand soll gefährlich und den Umständen nach befriedigend sein. Es wird gesagt, daß die Kugel heute herausgenommen ist, und zwar im Bei ein des auf v. d. Lippe's Wunsch telegraphisch aus Gutin herbeigerufenen Oberstabsarztes Dr. Müller. Zur Leitung der Untersuchung wegen des Duells ist ein Auditor aus Hannover hier eingetroffen. — In Folge der Ausschreitungen gestern Abend vor dem Hause des Majors Steinmann hat der Magistrat heute umfassende Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung eines wiederholten Strafentumults angeordnet. Außer einer Bekanntmachung, welche das Zusammenroten auf der Rosen-, der Oster- und der in der Nähe belegenen Straßen bei Geld- event. Haftstrafe verbietet, hat derselbe eine Warnung an das Publikum erlassen, in welcher es dringend ersucht wird, eine Wiederholung des Skandals zu verhindern. Die Polizei habe die Pflicht, einen jeden in seiner Person und seinem Eigenthum vor Angriffen zu schützen; sie werde daher vorkommenden Fällen, wenn ihre Kräfte dazu nicht ausreichen sollten, wiederum militärische Hülfe in Anspruch nehmen; letztere sei ein bedenkliches Mittel, welches laut dessfälliger Information nicht wieder in der milden Form, wie gestern, zur Anwendung kommen werde, sondern sehr beauerliche Folgen nach sich ziehen könnte. Sämtliche Lehrer sind angewiesen, die Schüler zu belehren und sie vor einer Beteiligung an dem Auflaufe abzuhalten. Um im Falle einer Wiederholung des Tumultes womöglich von der militärischen Hilfe keinen Gebrauch machen zu müssen, sind heute die Bürger aufgefordert, sich freiwillig in den Dienst der Polizei zu stellen, und soll sich hierzu eine ziemliche Anzahl von Einwohnern bereit erklärt haben. Trotz dieser Maßregeln wurde heute am hellen Tage an einem belebten Platze abermals ein geschriebenes, mit der Unterschrift "Das Komite" gezeichnetes Plakat angeheftet gefunden, welches zu einem abormaligen Auflaufe am heutigen Abend auffordert. Um 7 Uhr war die Rosenstraße zwar sehr belebt, doch schien in Folge der behördlichen Anordnungen eine Verhüting der Gemüther eingetreten zu sein, so daß es wahrscheinlich zu Exzessen nicht kommen wird. — Die Ansichten über die Notwendigkeit, gestern militärische Hülfe zu requiriren, sind sehr verschieden; während ein Theil der Bürgerlichkeit dieselbe für durchaus erforderlich und sachgemäß hält, ist man andererseits der Meinung, daß dieselbe hätte vermieden werden müssen, da gerade durch diese Maßregel die Aufregung bedeutend an Stärke gewonnen habe und andererseits die Gefahr nicht so groß gewesen sei, um die Heranziehung des Militärs zu rechtfertigen.

— 28. Okt. Die Anordnungen des Magistrats haben nicht versieht, eine günstige Wirkung hervorzurufen, indem der gestrige Abend ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen ist. Es ist eine erfreuliche Thatsache, daß von einer Wiederholung der Demonstration Abstand genommen ist, da eine solche sehr leicht die ernstlichsten und traurigsten Folgen haben können, indem das Militär dem Vernehmen nach für den Fall des Einschreitens gemessene Orde gehabt haben soll, von der Waffe Gebrauch zu machen. Außer einer größeren Abtheilung Infanterie soll auch eine Schwadron Kavallerie für den eventuellen Fall konfiguriert gewesen sein.

Prag, 27. Okt. Am 24. d. M. wurde in aller Kürze gemeldet, (S. Nr. 748 unserer Ztg. — d. Red.) der Weihbischof Prucha sei gestorben. Nachträglich wird bekannt, daß der geistliche Herr Hand an sich gelegt hat. Wiener Blätter wissen folgende Einzelheiten zu berichten. Der Weihbischof litt bereits seit längerer Zeit an Melancholie und wurde unausgesetzt bewacht. Seine Wirthschafterin und sein Kammerdiener hatten den strengen Auftrag, ihn nie allein zu lassen. Am Dienstag voriger Woche kam Dr. Prucha von einer Spazierfahrt nach Hause und verlangte von der Wirthschafterin eine Suppe. Als die Wirthschafterin mit derselben zurückkehrte, entfernte sich der Kammerdiener. Raum hatte der Diener das Zimmer verlassen, so befahl Prucha, eine andere Suppe zu bringen. Die Wirthschafterin ging und als sie zurückkehrte, war die Thüre verschlossen. Unheil ahnend, lief sie fort und traf auf der Treppe mit dem Kammerdiener zusammen, welcher über den Corridor durch eine andere Thüre in das Gemach eindrang. Weihbischof Dr. Prucha hatte sich in knieender Stellung mit einem Plaidriemen an der Thürsnalle erkennt. Als die Wiederbelebungsversuche resultatlos blieben, elte er, den flüster, bischöflichen Leibarzt herbeizurufen, welcher jedoch bloss den eingetretenen Tod konstatiren konnte. Der Besud konstatierte eine vorgekrittene Geburt-Atrropie. Das Gutachten lautete dabin, daß die That im Zustande der Unzuschlagsfähigkeit vollführt worden sei.

B. C. Der Gründerprozeß wider den Kommerzienrat Förster und Genossen.

(Original-Bericht der "Posener Zeitung".)

XXXI.

Glogau, 27. Oktober.

(29. Verhandlungstag.)

Der heutige Verhandlungstag brachte endlich den Schluss der Weissaufnahme; der Montag soll der Vorbericht der Staatsanwaltshaft und der Vertheidigung gewidmet sein, und findet deshalb keine Sitzung statt, am Dienstag aber beginnen die Plaidoyers über den Gesamtinhalt des Prozesses.

In der heutigen Sitzung gelangte der Bericht des Konkurskom-

mmissars der "Niederschlesischen Maschinenbaugesellschaft", welcher der Anklage vielfach zu Grunde gelegt ist, auf Verlehung. Danach soll der Zusammenbruch dieses Etablissements dadurch bewirkt worden sein, daß das Aktienkapital um 100 000 Thlr. angenommen worden sei, als sich nach dem wirklichen Kaufpreis rechtfertigen ließ, und daß ferner im Dezember 1874 auf Betreiben des damals in Liquidation befindlichen "Niederschlesischen Kassenvereins" 250 000 Thlr. Aktien in 140 000 Thlr. Obligationen umgewandelt worden seien, welche letztere Operation zwar für den "Kassenverein" zugringend, für die Maschinenbauanstalt aber verbänglich gewesen sei.

Auf Antrag der Vertheidigung wird Herr Bankier Lübbe hierüber als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Derselbe gibt sein Gutachten dabin ab: Die Umwandlung der Aktien in Obligationen und die Kreierung weiterer 110 000 Thlr. Obligationen zur Stärkung der Betriebsmittel der Niedersch. Maschinenbauanstalt war nicht nur für den Kassenverein (derselbe hatte die Finanzierung dieser Gründung übernommen) vorteilhaft, sondern sie war auch für die Niedersch. Maschinenbaugesellschaft das einzige rationelle Mittel, derselben einen angemessenen Betriebsfonds zu stiften, denn damals war Aussicht vorhanden, die 110 000 Thlr. Obligationen zum Theil zu plazieren, zum Theil zu Lombardieren, und nur der Umstand, daß dieselben wegen der Reduktion des Aktienkapitals erst nach Ablauf des Sperrjahrabs rechtfestig wurden, trat der Ausführung hindernd in den Weg. In der Generalversammlung stimmen sämtliche anwesenden Aktionäre dem Beschlüsse der Umwandlung bei.

Rechtsanwalt Cobh: Sind Sie der Ansicht, daß die "Niederschlesische Maschinenbaugesellschaft" schon bei der Gründung den Reim des Bankenrats (dies behauptet nämlich die Anklage) in sich trug?

Sachvert. Lübbe: Nein; die zu Anfang war eine der renommiertesten und leistungsfähigsten in weitem Umkreise, und nur der Umstand, daß sie auch eine große Brückebauanstalt in Grünberg errichtete, schwächte ihre Mittel und machte ihren Fortbestand in der Krise schwierig. Wäre die Errichtung dieser Anstalt unterblieben, so hätte sie, zumal sie vorbehaltliche Aufträge für die Wasserwerke zu Dresden und Leipzig bekam, als Maschinenbauanstalt sehr gut bestehen können. Zur Ausführung der betreffenden ca. 300 000 Thlr. betragenden Aufträge hatte sie den Kredit des Kassenvereins in Höhe von 132,00 Thlr. in Anspruch genommen, diesen Kredit aber in der vereinbarten Frist prompt abgedeckt. Gelang es nun, durch Ausgabe von Obligationen genügende Betriebsmittel zu beschaffen, so war die Gesellschaft gerettet. Warum ihr die Umwandlung von Aktien in Obligationen verderblich gewesen sein soll, ist mir nicht verständlich, da sie auf dieselben bis zu ihrem Zusammenbruch erst paar Tausend Thaler Zinsen gezahlt hatte.

Der Gerichtshof vernimmt hierauf den Syndikus des "Schlesischen Bankvereins" Herrn Albl, der sich im Auftrag des Bankvereins und als Delegierter des Aufsichtsraths der Tuchfabrik, sowie in seiner Eigenschaft als Liquidator der Firma J. S. Förster damals in Grünberg aufgehalten hatte, betrifft der Geschäftsberichte der Tuchfabrik von 1870, 71 und 1872, welche nach der Anklage insofern eine fortgesetzte Täuschung enthalten, als Werth der Fabrik zu hoch angegeben war. Zeuge deponirt demgegenüber, daß sowohl nach seiner eigenen als nach allgemeiner Anschauung, der Ueberangangspreis der Fabrik ein durchaus angemessener und das gerade die Gründung eine der solidesten gewesen, die sich vollzogen.

Rechtsanwalt Cobh: Haben Sie die angestellten Gebrüder Förster je bei irgendeiner Täuschung ertappt?

Zeuge: Niemals.

Hierauf wird Konst. Müller (Berlin) einer der Mitgründer und Aufsichtsräthe der "Schlesischen Tuchfabrik" als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Derselbe deponirt, daß er von der Janke'schen Gründung und der Beteiligung der Tuchfabrik Kenntnis gehabt. Ob Friedrich Förster dem Aufsichtsrath darüber Bericht gehalten, weiß Zeuge nicht mehr. Die Tuchfabrik sei nur wegen der Wechselverbindlichkeiten aus anderen Geschäften, nicht wegen ihres eigenen Geschäfts in schwierige Lage gerathen. Zur Zeit als wir in unserem Circular an die Gläubiger um Indult nachdrückten, hatten wir jedoch noch die feste Ueberzeugung, daß bei ruhiger Abwicklung die Gläubiger vollbezahlt werden und die Aktionäre noch eine erhebliche Quote erhalten würden.

Staatsanwalt: Würden Sie, wenn Sie die unnotigen Verbindlichkeiten der Tuchfabrik gekannt hätten, so großen Kredit gewährt haben und noch am 1. November 1873 beim Zusammintreffen des Aufsichtsraths (die Aufsichtsräthe schlossen damals aus eigenen Mitteln zur Deckung der dringlichen Verpflichtungen 70 000 Thlr. zusammen) geholfen eingetreten sein?

Zeuge: Wir hätten dies auch in diesem Falle unzweifelhaft gethan, da wir die Ueberzeugung hatten, daß die Sache doch noch einen guten Verlauf nehmen würde. Ueb.igens traten ja alle Gläubiger durch den Indult helfend ein.

Präsident: Sind Sie der Ansicht, daß die Angestellten in ihren Handlungen von einer guten Absicht geleitet waren?

Zeuge: Gewiß; sie haben nur ihre Mittel nicht in Betracht genommen.

Der Präsident verweist nun auf den Umstand, daß Friedrich Förster aus einem früher bei der Beteiligung an der Schiedsgerichtung gemachten Gewinn von 30,000 Thlr. der Tuchfabrik 10,000 Thlr. geistigweise überwiesen, daß er ferner auf eine Tantieme von 1500 Thlr. zu Gunsten der Tuchfabrik verzichtet und das schließlich der verstoßene Geheimer Kommerzienrat Förster der Tuchfabrik eine Maschine nebst Kessel im Werthe von 5000 Thlr. geschenkt hatte. Alle diese Posten seien nun ohne weitere Erläuterung dem Aktivis zugeschrieben worden und die Anklage folgere hieraus, daß dies nur zum Zweck der Täuschung über den wahren Werth und Ertrag des Unternehmens und beuhis Herausrednung einer höheren Dividende und Tantieme geschehen sei. (Zum Zeugen:) Sind Sie der Ansicht, daß da bei den Angestellten vielleicht das Interesse an einer hohen Tantieme mitgewirkt habe?

Zeuge: Ich bin fest überzeugt, daß solche Gründe nicht obgewaltet haben, ich habe die Herren in Geldangelegenheiten nur von der unklaren Seite kennen gelernt. Sie hatten ein hohes persönliches, ja ein übertriebenes Ehrgesühl. Jeder sollte mit ihren Unternehmungen zufrieden sein, die Aktionäre sollten glänzende Dividenden erhalten. Für diesen Zweck haben sie die größten Opfer gebracht. Das kann ich mit bestem Gewissen behaupten.

Staatsanwalt: Waren solche Großartigkeiten nicht im Geschäftsbericht anzuführen, mußte nicht da gelagert werden, daß die betreffende Vermehrung der Aktiva auf Geschenke grobmüthiger Geber zurückzuführen sei?

Zeuge: Das war nicht erforderlich, obwohl es behufs größerer Klarstellung vielleicht richtiger gewesen wäre, diese Details zu buchen. Immerhin wäre aber die Dividende die selbe gewesen, denn die Gesellschaft war doch tatsächlich Besitzerin der ihr überwiesenen Werthe geworden.

Friedrich Förster: Derartige Gewinne werden in der Regel nicht spezifiziert. Im Uebrigen dürfte wohl nun der Vorwurf, daß wir durch derartige Zuwendungen unsere Tantieme verbessern wollten, fallen.

Staatsanwalt (zum Zeugen): Mußte nicht die Zeichnung auf die Schiedsgerichtskosten in den Büchern der Tuchfabrik gebucht werden?

Zeuge: Da nichts gezahlt wurde und auch gar keine Verpflichtung an die Tuchfabrik herantrat, so war auch nichts zu buchen.

Rechtsanwalt Kemper (zum Zeugen): Glauben Sie, daß jemand durch die betr. Geschenke von 15,000 Thlr. bestimmt werden konnte, nunmehr Aktien zu erwerben?

Zeuge: Nein; der erwähnte Umstand konnte gar keine Bedeutung haben.

Ein Mitglied des Richterkollegiums (zum Zeugen): Unterscheidet das Richterkollegium der Kaufmannschaft zu Berlin zwischen Zahlungsstockung und Zahlungseinstellung?

Zeuge: Ja wohl. Eine Zahlungsstockung besteht dann, wenn

Aktiven im genügendsten Maße vorhanden sind, um die Passiven zu decken und wenn eine fällige Zahlung nur aus momentaner Verlegenheit, wie sie im besten Geschäft vorkommen kann, nicht geleistet werden kann; es können z. B. sicher erwartete Gelder oder Rückerstattungen eingegangen sein, oder es kann eine andere zufällige oder vorübergehende Veranlassung vorliegen.

Präsident: Halten Sie dafür, daß auch in Bezug auf die vorliegende Frage ein vorübergehender Zustand vorwälte?

Zeuge: Ja wohl; in der Hamburger Krisis wurde unter ganz analogen Verhältnissen stets nur eine Zahlungsstockung angenommen. Staatsanwalt: Wenn aber die Zahlungsverlegenheit nicht eine momentane, sondern, wie hier, eine längere dauernde ist, so liegt doch wohl eine Einstellung vor?

Zeuge: Das ist noch nicht gesagt; es ist doch der gewährte Indult zu berücksichtigen.

Der zunächst auf Vernehmung gelangende Zeuge und Sachverständige Herr Bünker (Leipziger) ebenfalls Gründer und früherer Aufsichtsrath der Tuchfabrik, bemerkt auf die bekannte Frage des Staatsanwalts, ob er, falls ihm die Sachlage bekannt gewesen wäre, so hohe Kredite und zwar noch in der Krisis gewährt hätte, daß die Kredite von den Aufsichtsräthen bewilligt worden seien, um die Fabrik zu erhalten. Hätte er (Zeuge) vorher gewußt, daß er sein Geld verlieren werde, würde er wahrlich keinen Kredit gewährt haben.

Erneute auf das Gutachten des Bucherevisors Schneider geführte Beanstandungen der Anklage beziehen sich auf das "mortificationskonto". Die gemachten Abschreibungen seien zu gering. Es ergibt sich nun, daß die vom Aufsichtsrath genehmigten Abschreibungen in den Jahren 1871 und 1872 15 000 Thlr. betrugen.

Konsul Müller führt aus, daß diese auf Grund persönlicher Anschauung des Aufsichtsraths an Ort und Stelle beruhende Abschreibungen vollständig berechtigt und zutreffend waren und den gesetzlichen Anforderungen durchaus genügten. Ein Bucherevisor sei für diese Fragen nicht maßgebend. Ein Bucherevisor sei für die Immobilienwertangabe ebenfalls bemängelte Überzahl vom November 1873 wäre ja gar keine zum Zweck der Gewinnertheilung aufgeführte Bilanz gewesen, sondern habe nur den Gläubigern der Gesellschaft Kenntnis von der Vermögenslage geben sollen. Jeder vernünftige Mensch habe ja da gleich gesehen, daß Abschreibungen nicht vorhanden waren. „Ich habe“ — so schließt Herr Müller — „sehr wohl gewußt, daß ich wie jedes Mitglied des Verwaltungsraths für die Abschreibungen verantwortlich war.“

Herr Bucherevisor Henninger erklärt auf die Frage des Präsidenten, ob Abschreibungen stattgefunden, und welche Usancen für denselben Abschreibungen beständen, daß nach den Büchern die Abschreibungen in der bereits erwähnten Höhe stattgefunden hätten, daß auch die bemängelte Abschreibung und Buchung von 4000 Thlr. auf Maschinen pro 1871 vollkommen korrekt gewesen sei. In Betracht der usancenmäßigen Abschreibungen bemerkt Herr Henninger, daß der Art. 29 des H. G. B. zwar vorschreibe, daß die Aktien zu dem augenblicklichen Werthe angenommen werden sollten, daß diese Bestimmung aber bei Immobilien in den seltensten Fällen zutrete, indem hiernach jedes Jahr eine Taxe der Grundstücke zu angezeigt werden müßte. Bei Gebäuden müßte auch in Betracht gezogen werden, ob Reparaturen stattgefunden hätten, indem dadurch der Werth nicht vermindert, sondern ev. erhöht würde. Gewöhnlich würden 1 bis 2 Prozent der Immobilien abgeschrieben, jedoch entzöge sich die Ueberzahlung des wirklichen Wertes oft der Einsicht des Kaufmanns, indem z. B. bei Maschinen doch nur derjenige Techniker, der die Leitung hatte, eine richtige Abnutzung und Abschreibung angeben könnte.

Hiermit ist die Beweisaufnahme.

Locales und Provinzielles.

Posen, 30. Oktober.

* Revisionssreise. In nächster Zeit wird, wie die "Sächs. Big." erfährt, der sächs. Regierungsrath Dr. Eßer die königlich Schullehrer-Seminare und Präparanden-Anstalten der Provinz Posen besuchen und da wahrcheinlich auch Kenntnis von dem Stande der dortigen Volkschulen nehmen.

d. Der polnische Volkssbibliotheken-Verein scheint ebenso, wie der polnische Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend, an Geldmangel zu leiden. Es geht dies aus einer öffentlichen Mahnung des Vorstandes hervor, welche von den heutigen polnischen Zeitungen gebracht wird. Es wird in denselben auf die Bedeutung des Vereins hingewiesen und mitgetheilt, daß während der ersten zehn Monate vom Vorstande des Vereins 15.000 Bücher verausgabt und dafür 8011,73 Mark vereinnahmt wurden; die noch nicht gedeckten Schulden betragen 3200 M., und der Betriebsfonds ist vollständig erschöpft. Der Vorstand erklärt, daß er bei dieser Lage das Unternehmen der freundlichen Beleuchtung auffrägerlicher Freunde empfiehlt.

* Lotterie. Die Ziehung der zweiten Klasse 169. preußischer Klasse-Lotterie beginnt am 6. November. Die Erneuerungsloose, sowie die Freiloose zu dieser Klasse müssen bis zum 2. November, Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts eingelöst werden.

V. Gutsverkauf. Das Rittergut Marcinkowo, Kr. Inowrazlaw, mit 383 Hekt. Areal, ist, wie wir hören, von Herrn Mittmeister Klauder an Herrn Dr. Wollschleger verkauft worden.

r. Die Waisenstraße ist wegen Abyuges der Mauer der städtischen Hrenbewahranstalt auf der Strecke zwischen der Neuen- und der Franziskanerstraße für den Wagengefehr auf einige Zeit gesperrt.

r. Die Diebstähle und Unterschlagungen. Einem Mäler ist, als mutmaßlich gestohlen, ein Paket abgenommen worden, in welchem sich verschiedene Wäschestücke, außerdem die Befallung eines Lehrers (Namens Eisslit) befinden. — Einer Frauenserson wurde gestern früh ein S. c. mit ca. 80 Krautköpfen abgenommen, welche mutmaßlich von ihr gestohlen worden sind. — Gestern wurde ein Bäderlehring verhaftet, w. ch. seinem Lehrer Geld unterschlagen hat. — Verhaftet wurde ferner ein obdachloser Arbeiter aus Jerzyce, welcher einem anderen Arbeiter ein Paket, das ihm dieser zum Täzen gegeben, unterschlagen hat; der größte Theil der in dem Pakete enthaltenen Gegenstände wurde bei ihm noch vorgefunden.

General-Mitteilungen.

s. Ein Erinnerungstag. Heute am 30. Oktober sind es 70 Jahre her, daß Kaiser Wilhelm, der damals 18-jährige Prinz von Preußen zum Kapitän ernannt wurde. Diese Beförderung vollzog sich in Breslau und ist deshalb bemerkenswerth

